

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. September 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 101

Lehrlingsordnung — Berufsberatung

Mit der Einführung unserer Lehrlingsordnung obliegt uns die Aufgabe, praktische Berufsberatung zu betreiben und somit unsern Beruf ungeeignete Lehrlinge fernzuhalten. Hierzu sind die gemeindlichen Berufsberatungsstellen nutzbar zu machen. Es ist somit auf ein Gebiet verwiesen, das bedauerlicherweise von der Arbeitnehmerschaft in den meisten Städten keine Beachtung findet. Diese gemeindlichen Einrichtungen, wenn solche überhaupt bestehen, sind dadurch in die Alleinberrschaft der Handwerksmeister und der Industrie übergegangen. Es wird von dort aus beraten und vermittelt, je nach Angebot und Nachfrage, man hat Befriedigung, wenn die Sache klappert. Mit der Einhaltung der für die einzelnen Berufe festgelegten Lehrlingskafala nimmt man es nicht so genau. Es ist unter den obwaltenden Umständen auch oftmals gar nicht möglich, denn fast jeder Arbeitgeber hat neben der Berufsberatungsstelle seine „besondere Bezugsquelle“.

Wie machen wir uns nun die Berufsberatungsstellen nutzbar und welche Anforderungen müssen wir an diese Einrichtungen stellen? Vor allen Dingen ist eine paritätische Zusammenlegung notwendig. Die Berufsberatungsstelle muß von jeder Einseitigkeit befreit werden. Das Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmerorganisationen muß gleichberechtigt erfolgen. Ihre Lehrlingsausschüsse haben die Aufgabe, die Einstellung des Nachwuchses zu überwachen und bei den zur Einstellung kommenden jungen Leuten die Vorbedingungen zu prüfen. Die Mitarbeit bei der Regelung von „Angebot und Nachfrage“ für unsere Lehrlinge ist Pflicht unserer Tarifvertragsleute und der jetzigen Betriebsräte. Gehilfenleistung ist genau Statistik zu führen über den Stand der Lehrlinge in den einzelnen Druckereien nach Sparte, Lehrjahr und beschäftigter Gehilfenzahl. Dieses Material dient der Lehrstellenermittlung, die praktisch immer der Berufsberatungsstelle angegliedert sein muß. Es kann somit schon jedes Jahr frühzeitig festgestellt werden, wieviel Lehrlinge in den einzelnen Orten zur Einstellung kommen können. Es ist zugleich Pflicht der Prinzipale, bei ihren Vertretern im Lehrlingsausschuß ebenfalls den Bedarf an Lehrlingen alljährlich anzumelden und das Einstellen von Lehrlingen „hintenherum“ aufzugeben.

Die „Werbung“ für den Beruf hat bei einem Teile von Prinzipalen immer „Kopfschmerzen“ verursacht, daß dabei nicht immer die zweckdienlichsten Wege beschritten wurden, ist erwiesen. Große Verprechungen bei den Eltern waren oftmals das „billigste Lockmittel“, um möglichst viel Lehrlinge zu erhalten. Das muß jetzt anders werden. Da sind die Vorschläge der Berufsaufklärung in der Lehrlingsordnung außerordentlich praktisch. Eine besonders für diese Zwecke zusammengefasste Ausstellung wird den künftigen Besuchern zeigen, daß die Anforderungen, die in geistiger und körperlicher Beziehung an die Berufsangehörigen gestellt werden, außerordentlich hohe sind. Zu diesem Zweck muß man sich mit der Schulbehörde in Verbindung setzen, damit die aus der Schule zur Entlassung kommenden Schüler zum Besuche der Veranstaltung angehalten werden. Neben dem Lehrer, den Eltern und den Schülern ist auch der Schularzt mit einzuzahlen, denn überall mangelt es mehr oder weniger an den Kenntnissen des jeweiligen Berufs. Bei richtiger Vorkarbeit ist bei dieser Gelegenheit zugleich der notwendige Bedarf an Lehrlingen bekanntzugeben. Die Lehrlinge haben sich bei der gemeindlichen Berufsberatungsstelle zu melden. Ein selbständiges Suchen nach Lehrstellen ist zu vermeiden, denn besondere Wünsche der Eltern und des Prinzipals können jederzeit angegeben werden und finden dann auch entsprechende Berücksichtigung, wenn der Junge die Vorbedingungen erfüllt.

Die Unterlagen zur Eignung zum Berufe sind zu prüfen. Die Beratung in der Schule ist oftmals der Auffassung des betreffenden Lehrers entsprungen. Es zeigt sich in der Praxis nach der einen oder anderen Seite ein ganz anderes Bild. Da ist eine systematische Eignungsprüfung zweifellos ein guter Gradmesser, um den Befähigungsnachweis zu erbringen. Die zu stellenden Aufgaben sind durch den Lehrlingsausschuß gemeinsam zu erlassen. Es empfiehlt sich, mit der Leitung dieser Prüfung eine „neutrale“ Person zu beauftragen. Die zu stellenden Aufgaben sind ohne große Umstände allerorts aufzugeben. Zur Feststellung der Befähigung in der deutschen Sprache ist ein Diktat von einer halben Stunde notwendig, dem sich noch einige Fremdwörter aus der deutschen Sprache anschließen

dürfen. Das Abschreiben eines fehlerhaften Manuskriptes, das man in Druck herstellen kann, wird zeigen, ob der Junge seine Gedanken zusammenfaßt und die Abschrift fehlerfrei ist. Bei der Anfertigung eines Aufsatzes, dessen Thema vorgeschrieben, wird es sich ebenfalls zeigen, welches Gelfeskind der einzelne Prüfling ist. Die Benotung im Rechnen kann durch Lösung einiger schriftlichen Aufgaben ergänzt werden durch Kopfrechnen. Dabei wird zu konstatieren sein, daß ein großer Teil der Prüflinge nicht einwandfrei zusammenzählen kann, wenn die Zahl über 100 steigt. Zur Prüfung der Augen nach dem Farbensinn können einfache farbige Papierforten nutzbar gemacht werden. Die erstmalige Bewertung der Aufgaben übergibt man praktisch dem Leiter der Prüfung. Dann erfolgt die Durchsicht und Benotung durch den Lehrlingsausschuß.

Bei der Ausschaltung unbrauchbarer Elemente entstehen schon oftmals Meinungsverschiedenheiten, teils mit den Eltern oder dem Prinzipal. Grundbedingung muß für uns Gehilfen sein, daß jeder Unbrauchbare befristet wird, selbst auf die Gefahr hin, daß die Eltern verbittert sind. Eine große Anzahl von Eltern wäre heute dankbar, wenn man sie früher auf die Unbrauchbarkeit ihres Sohnes für den nunmehr erlernten Beruf aufmerksam gemacht hätte. Es gibt nichts Schlimmeres für den Menschen, wenn er in seinem Berufe nicht die gewünschte Befriedigung findet. Dies ist um so mehr zu verzeichnen, wenn die notwendigen Vorbedingungen fehlen. Mindestens vor Ablauf der Probezeit muß die Einstellungsprüfung entschieden sein, falls es nicht möglich ist, diese Prüfung so zeitig anzulegen, daß vor dem Eintritt in den Beruf der Entschluß gefällt ist.

Die ganzen Prüfungsergebnisse sind zu sammeln und für den einzelnen Lehrling durch das Ergebnis der Zwischenprüfung und Gehilfenprüfung zu vervollkommen. Dadurch können wir uns ein Urteil bilden über die Ausbildungsmöglichkeit des einzelnen Betriebes und eine für das Gewerbe gesunde Kontrolle ausüben. Die Ausschaltung unbrauchbaren Menschennaterials und ungeeigneter Lehrdruchereien muß die Pflicht sein, welche die Lehrlingsausschüsse zu erfüllen haben. Dazu die gemeindlichen Berufsberatungsstellen mit nutzbar zu machen, muß unsere Aufgabe sein.

Rürnberg.

Franz Baier.

Gegen Niederbruch und Ausverkauf

Obwohl wir es schon längst zur Genüge gemerkt haben, sagt man uns noch jeden Tag, daß wir arm geworden sind. Arbeit allein könne uns retten. Es gibt auch Leute, die sich ohne Arbeit retten können und trotzdem gute Geschäfte machen. Das sind diejenigen, die etwas zu verkaufen haben. Hoch im Preise stehen gegenwärtig alle Produktionsmittel: Werkzeuge, Apparate, Maschinen. Zur gleichen Zeit hat sich die deutsche Arbeiterchaft bei den Kapitalisten ihres Landes und vielleicht auch bei denen anderer Staaten höchst unliebsam bemerkbar gemacht. Das kräftige Selbstbewußtsein soll dem Volke sobald als möglich wieder genommen werden, indem man ihm die Erwerbsmöglichkeit nimmt. Modern eingerichtete Ziegeleien werden abgetragen, obwohl in den Wohnungen Großmutter, Mutter und Kind „einträchtig beieinander“ sind, weil nicht für jede Familie eine Wohnung beschafft werden kann. Der inländische Bedarf an Textilerzeugnissen ist groß, trotzdem werden aus dem sächsischen Erzgebirge, wo schon jetzt die Arbeitslosigkeit herrscht wie in keinem anderen Teile Deutschlands, Webstühle nach dem Auslande verkauft, die bei Eingang von Rohstoffen für uns laufen könnten. Die Auflösung von Buchdruckereien, Zuckerraffinerien und andern Betrieben schreitet vorwärts. Die vorübergehende Arbeitslosigkeit wird zur dauernden Erwerbsunmöglichkeit.

Die Arbeiterchaft nimmt Stellung gegen dieses Gebaren, weil sie die Folgen bis in seine letzten Auswüchungen erkannt hat. Im Reichswirtschaftsrat brachte Abgeordneter Wiffell einen Antrag ein, der diesem Treiben ein Ende machen soll. Bis aber der Reichstag den Vorschlag des Reichswirtschaftsrats zum Gesetz erhebt, können noch ganze Industrien ausgerottet werden. Außerdem verlohnt es sich nicht, darauf zu warten, denn der Reichstag wird einem sozialdemokratischen Antrage die Zähne ausbrechen lassen.

Darum muß sich die Arbeiterchaft selbst helfen. Bei jeder bevorstehenden Betriebsauflösung und Verschärfung der Maschinen und anderer Produktionsgegen-

stände, deren Notwendigkeit weder von den Betriebsräten noch von den Organisationen anerkannt werden konnte, darf sich keine Hand rühren, die am Zerfallungswerke teilnehmen soll. Handwerker und Angestellte mühten natürlich durch ihre Organisationen gestützt und gedeckt werden. Maschinenbauer, Schlosser, Bauarbeiter, Transportarbeiter, auch Eisenbahner, sollten auf solche Gelegenheitsarbeiten verzichten. Ebenfalls dürfe ein Verkaufsvorhaben durch gedruckte Rundschreiben oder Zeitungsanzeigen möglich sein. Nur durch ein solches Mittel ist es möglich, dauernden Glend von ganzen Industriegebieten abzuwenden. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß das deutsche Volk an seine Maschinen und Werkzeuge gekettet ist. Nur diese halten das Volksvermögen im Lande. Das Auswandern oder Nachwandern — auch nach Rußland — ist weder angenehm noch möglich.

Die Arbeiterchaft muß also durch ihr tätiges Eingreifen verhindern, daß die deutsche Volkswirtschaft, die gern und oft verglichen wurde mit der Henne, die die goldenen Eier legt, sich nicht selbst abschachtet aus Dummheit, Gefährlichkeit und kurzschichtigem Geschäftemachen. P. N.

Anmerkung der Redaktion: Die Beroffentlichung des Entwurfs zu einer Verordnung gegen die Stilllegung von Betrieben steht noch in dieser Woche zu erwarten. Er ist vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet und vom Reichskabinett geprüft worden. Die Urtate in den Gesetzen soll also ausgefüllt und diesen gemeinschaftlichen Unternehmernpraktiken ein Riegel vorgehalten werden. Die Protestbewegung der Arbeiterchaft und das geschickte Operieren der Gewerkschaften hat also genützt; ob in genügender Maße, wird sich an dem Geheulwurf erweisen müssen. Daran kann noch nichtig nachgeholfen werden.

Betriebseinschränkung oder Preisabbau?

Noch Anfang dieses Jahres konnte man allgemein hören, daß die Schriftgießer gegenwärtig eine so günstige Arbeitsperiode durchleben, wie sie es seit langem nicht gekannt haben. Dem ist jetzt aber ganz plötzlich das Gegenteil gefolgt. Nun herrscht über die Frage, wie ist das möglich, eine so verschiedene Meinung, daß es notwendig erscheint, hierüber einiges klarzulegen.

Als vor bald zwei Jahren das Geschäftsleben, gestützt auf die schlechte Valuta, sich zu heben begann, konnte man allgemein lesen, daß die großen Giebereien (Aktienunternehmen) die kleineren Betriebe aufkaufen, um so die verminderte Konkurrenz aus dem Wege zu schaffen. Das ist ihnen auch tatsächlich bis auf einige gelungen, und zwar deshalb, weil erstens die kleinen Betriebe infolge des langen Krieges dicht vor ihrem Ruin standen, und zweitens die Inhaber durch den damaligen Wert des Inventars (Maschinen, Metalle) einen so günstigen Abschluß erzielten, daß sie bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen nichts Besseres tun konnten. Die Folge davon ist nun, daß die großen Aktiengesellschaften fast ohne jede Konkurrenz dastehen und so ganz enorme Preise für ihre Erzeugnisse fordern können. So zahlte man z. B. in Friedenszeiten für ein Kilo Schrift durchschnittlich 3 Mk. und nun, nachdem man die Konkurrenzbetriebe ausgeschaltet hat, 48 Mk., wozu allerdings auch die Materialsteigerung beigetragen hat. Dadurch ist es naturgemäß dem Buchdrucker unmöglich gemacht, größere Bestellungen aufzugeben.

Unfallt nun an den Abbau der Preise, die nicht mit den Löhnen und den gegenwärtigen Metallpreisen mehr in Einklang zu bringen sind, zu gehen, greifen die Prinzipale zu dem verwerflichen Mittel der Betriebseinschränkung und glauben so ihre Riesengewinne beibehalten zu können und gleichzeitig dem Buchdrucker zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ihre Erzeugnisse billiger herzugeben. Dieses Gebaren kann man nur als Sabotage bezeichnen, denn an Aufträgen wird es in dem Augenblicke nicht mehr mangeln, wenn man den Buchdruckern mit einer Senkung der Preise entgegenkommt, dem einzigen Mittel, um die Betriebseinschränkungen aufzuheben. Das beweist uns die Tatsache, daß in den Kleinbetrieben, die noch bestehen bleiben und wo nicht mit den Riesengewinnen gerechnet wird, noch genügend Aufträge vorhanden sind.

Zu wünschen wäre also, daß die Giebereien so schnell als möglich an den Abbau der Preise gehen, um so das Geschäftsleben wieder zu heben.

Leipzig.

Th. Bucher.

Eine Lanze für die reisenden Kollegen!

Die große Not zwingt unsre Jungkolllegen, sich mit dem fast abgekommenen Brauche des Wanderns wieder vertraut zu machen. Das ist wohl die einzige gute Folge der Arbeitslosigkeit. Wie aber der Ruf der beiden Praktiker H. S. und H. R. in Nr. 93 des „Korr.“ zeigt, finden die Bestrebungen der Kollegen, die drückenden Arbeitslosigkeit durch die Wanderlust zu entlasten und sich selbst unschätzbare Kenntnisse und Erinnerungen zu erwerben, nicht genügend Unterstützung.

Es kann doch unmöglich arbeitende Kollegen geben, die das Vializieren mit scheelen Augen ansehen, da wir doch wissen, wie hohe Summen zum lässlichen Leben nötig sind und aus dieser Einsicht heraus auch anerkennen müssen, daß etwa fünf ganze Mark täglich auch bei beschäbsten Ansprüchen das Wandern verleben müssen.

Von allen unsern Anlungen ist die Mischung reisender Kollegen nicht die harmloseste. Wer in seiner Jugend schlecht beraten war und vielleicht deshalb nicht unter schönes Vaterland durchquert hat, bringt häufig auch den reisenden Kollegen wenig Verständnis entgegen, und doch: Welcher Geist war es denn, der in Deutschlands Druckorte die Pflege der Kollegialität, der Buchdruckerlisten, des Zusammenhalts und der Solidarität trug, der das Fehlen bei Verammlungen und Gesangsstunden zur letzten Ausnahme machte? Es war der Geist, der nur unter Kollegen der verschiedensten Confession sich so ausbilden konnte, der alle eigenennützige Buchdruckergeist, der nicht nur an sich, sondern an die Gesamtheit dachte, den man sich oft nicht am Gewissor, sondern fast immer erst auf der Wanderlust erwerben konnte. Deshalb ist mehr guter Wille nötig, unsern Kollegen das Reisen zu ermöglichen.

Es ist heute notwendig — unbeschadet des Vorschlags von H. (Nürnberg) —, daß in allen Druckereien Vorkommnisse bestehen; die überlebenden Pfennige von der Beitragsleistung an Verband, Gesangsverein und technische Vereinigung (in diesen drei Vereinigungen ist ja wohl jeder Kollege zu finden) können bei der Kleingeldnot sehr gut in solche Kasse fließen. Ferner ist nötig, daß unsere Vertrauensmänner oder Betriebsräte unsern reisenden Kollegen freies Geleit verschaffen, wenn unverfängliche Kurzsichtigkeit diesen das Betreten der gebilligten Räume verbieten wollte. So könnten wir alle zu unserm bescheidenen Teil an der Vinderung der Arbeitslosigkeit helfen, denn wenn für ein annäherndes Auskommen auf der Wanderlust gesorgt wird, kann mit einer Verminderung der drückenden Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Junge, allesbewusstende Großkinder, weniger gewandte Provinzler und geizverknöcherte Ländler werden auf der Wanderlust (den Willen vorausgesetzt) zu leichtigen guten Kollegen zu ihrem und unserm Besten umgeschaffen. Das gute Beispiel wird anstehend wirken auf weniger jage Gemüter, und viele können gerettet werden vor einer zu frühen Verehrung mit ihren langsam bekannten unangenehmen Folgen.

Deshalb für alle Zukunft: eine Zigarre und ein Glas „Bier“ (wo noch beides konsumiert werden sollte) weniger und eine fests offene Hand für unsre wandernden Kollegen! Göttingen. S.

Kleine Erinnerung als Einleitung zu einer Epistel

Im Jahre 1891 war es, als ich wieder einmal den Wanderstab nicht aus der Hand legen konnte. Überall in Deutschland erfolgten im Oktober die Kündigungen und Mahreglungen als Folge der ergebnislosen Tarifverhandlungen; so manch anderer Kollege schaute mit mir recht trübendes Bildes der Zukunft entgegen. Diese sollte sich jedoch für mich und meinen Reisel Kollegen günstiger gestalten, als wir ahnten. Am 1. November reisten wir in Randau in der frühlichen Pfalz zu, begaben uns in die abends stattfindende Streikverammlung der Kollegen, die ebenfalls samt und sonders wegen Nichtanerkennung des Tarifs gekündigt hatten, und nahmen eine kleine Extraverammlung dankend in Empfang. Die Kollegen bedeuteten uns aber gleich, wir sollten nicht sofort wieder abreisen, da jedenfalls am morgigen Sonntag die Prinzipale Randaus bewilligen würden, worauf wir Kunst erhalten könnten. Und so geschah es auch.

Auf unserm Verkehre „Aller Freie“, wo neben verschiedenen Handwerkern auch ich und einige Kollegen logierten, war ein frühliches Leben an der Tagesordnung, und mir als Schiefer, der vom Weine bis dahin keine Ahnung hatte, selbst den „berühmten“ Grünberger nur dem Namen nach kannte, gefiel es ausnehmend gut. Kein Wunder, wenn beim guten Schoppen Wein abends die Stimmung im jugendlichen Überdruhwang öfters etwas hoch ging, wobei selbstverständlich gegenseitige Hänfeleien, Neckereien und gelegentlichen Aufstößen nicht ausblieben. Einem Abends nun, als wir wieder einmal recht fidel waren, hatten wir den Sprechmeister der Bäder (Arbeitsvermittler) besonders „hochgenommen“; in größter Erregung rief er uns Gutenberglüngern zu: „Es gibt genug Buchdrucker, die weder lesen noch schreiben können.“ Allgemeines Gelächter war unsre Antwort auf viele vernichtende Charakterisierung der Buchdruckerbildung.

Um diese heitere und doch auch sehr ernste Episode wurde (a) nach 10 vielen Jahren unwillkürlich erinnert, als unterm 30. Juli 1920 von einem Funktionär einer sachlichen Mitgliedschaft ein Verbandsbuch als Gesellschappapier an uns geschickt wurde unter folgender Adresse:

Herrn
H. S. in Nürnberg,
Dürerstraße 19 p.

Die Adresse hätte lauter müssen:
H. R. Franz Knopp
Nürnberg,
Thereseienstraße 21 I.

Daß diese Sendung uns erreicht, ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß das Suverel Firmenaußdruck der abendenden Mitgliedschaft frag, andererseits aber der Sündigkeit und Slogheit der Postbeamten, die alles irgend wie mit Buchdruck Zusammenhängende, unbedeutlich Adressierte auf unserm Geschäftsstimmer abgeben. Außer dem Worte Nürnberg stimmte rein gar nichts bei dieser Adresse! Wir haben in Nürnberg eine Albrecht-Dürer-Straße zum Andenken an den berühmten Nürnberger Maler und Radierer Albrecht Dürer; das scheint der betreffende abendende Kollege nicht gewußt zu haben. Viellecht hat er von Albrecht Dürer überhaupt noch nichts gehört, sonst hätte er nicht „Albrecht“ als den Empfänger und „Dürerstraße“ als den Bestimmungsort neben Nürnberg angegeben. In Nr. 19 dieser Straße war einmal unser Geschäftsstimmer, seit 1. April 1917 aber befindet sich daselbst Thereseienstraße 21. Unser Verwalter ist seit Anfang 1913 der Kollege Knopp. Von all diesen Dingen scheint der sachliche Vorstandskollege trotz halbjährlicher Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses im „Korr.“ und trotz Extrausgabe dieses Verzeichnisses an die Vorstehenden und Kassierer der Mitgliedschaften und Bezirke, wovon er also auch ein Exemplar jedesmal erhalten haben muß, keine Kenntnis zu besitzen.

Die Leser des „Korr.“ werden vielleicht fragen, weshalb ich dieses Vorwissen so breitstellte. Ich tue das nicht, um den betreffenden Kollegen an den Pranger zu stellen, trotzdem diese eine riesige Unkenntnis veraltete Briefaufschrift das Schicksal darstellte, was an Kuriositäten mir ja meiner mehr als 16jährigen hiesigen Tätigkeit als Verbandsfunktionär vorgekommen ist, sondern um an diesem Beispiele darzutun, woran es mitunter liegt, wenn Sendungen gar nicht oder doch sehr verspätet in die Hände der Adressaten gelangen. In unserm Falle handelte es sich um ein Verbandsbuch, auf das der Kollege, schon in Nürnberg zugereist, sehr sichtlich wartete, um weiterzuspinnen zu können.

Wie viel Ärger, Verdruß und Schaden ist schon durch solche oder ungenügende Adressierung von Postsendungen hervorgerufen worden! Alles ließe sich vermeiden, wenn die Kollegen die vom Verbandsvorstand im „Korr.“ veröffentlichten Adressenverzeichnisse der Gau-, Bezirks- und Ortsvorstehenden und -kassierer aufheben und besonders die Funktionäre die Separatdrucke der Adressen auf besserem Papier bei Überfertigung von Postsendungen zur Hand nehmen würden. Beiden Teilen, Absendern und Empfängern, wäre hiermit gedient durch eine schnellere und sichere Expedierung der Postfächer in jedem Falle.

Der vorerwähnte Fall gibt mir daher Veranlassung, an die dienftuenden Verbandskollegen die erste Mahnung zu richten: Schreibt die Adressen deutlich und richtig und vergete vor allem das bedeutend erhöhte Porto nicht!

Wenn dies in Zukunft befolgt wird, ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.
Nürnberg. Gustav Belchmidt.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Nasen. Die Bezirksversammlung des Jagdkreises erstreckte sich guten Beluhs; vertreten waren sieben Orte mit 62 Kollegen, vier Orte fehlten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erstattete Gaukassierer Kaiser (Stuttgart) Bericht über die Nürnberger Generalversammlung. Der Referent erstellte für seine trefflichen Ausführungen den Dank der Versammlung. Wie gewohnt, hatte die Opposition auch dieses Mal wieder versucht, das Geschlossene zu kritisieren, wurde aber vom Referenten in sehr geschickter Weise eines besseren belehrt. Nach Beantwortung einiger Anfragen durch den Referenten konnte der Vorsitzende Wenzelburger (Gmünd) die sehr anregend, aber heils (die meisten Kollegen hatten Fragen und Räder abgelegt) verlaufene Versammlung schließen. Als nächster Ort zur Bezirksversammlung wurde Kraßheim bestimmt.

Berlin. (Schriftgießer.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der ziemlich gut besuchten Versammlung wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gelehrt. Den Hauptgegenstand bildete der Wunsch der Prinzipale, das Lohnabkommen bis Ende September zu verlängern. Die Zentralkommission hatte dazu Stellung genommen und gab die Gründe bekannt, diesem Wunsche Rechnung zu fragen. In der Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die am 12. August tagende Versammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins nimmt Kenntnis von dem Wunsche der Prinzipalität, das Tarifabkommen bis zum 30. September zu verlängern. Sie ist geneigt, diesem Wunsche Rechnung zu fragen, wenn sich die Prinzipalität bereit erklärt, im eventuellen Falle der weiteren Preissteigerung bei den kommenden Verhandlungen etwaige Abmachungen auf rückwirkend ab 1. September zu erweitern.“ Nachdem noch Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten.

Dortmund. In der Bezirksversammlung am 8. August verwies Vorsitzender Schippers u. a. auf die Gründung der Lehrlingsabteilung und die Bildung der Orts- bzw. Bezirkslehrlingsausschüsse. Nach Erledigung des Anknienberichts nahm die Versammlung die von einer Kommission vorher durchgearbeiteten Anträge zur Tarifberatung, die sich auf Arbeitszeit, Arbeitsentlohnung, Überstunden, Lohn, Lokalzuschüsse, Lehrlingsbestimmungen, Ferien usw. beziehen, mit einigen kleinen redaktionellen Änderungen an. Ebenfalls wurde einstimmig Protest erhoben gegen die in letzter Zeit und besonders in der Sitzung des Kreisamts am 6. und 7. Juli bemerkbar

machenden Veruchs von Prinzipalsseite, die auf Drängen der Gehilfenschaft im April gewährte Sonderzulage für das Industriegebiet wieder in Yorfall kommen zu lassen. Die Gehilfenschaft warnt nachdrücklich davor, solchem Vorgehen eines Teiles der Prinzipale Gehilfenschaft zu leisten und weist darauf hin, daß die Gründe, die für Gewährung der Sonderzulage für das Industriegebiet und das besetzte Gebiet maßgebend waren, heute noch empfindlicher bestehen als vor einigen Monaten. Das Vorgehen dieser Prinzipale muß uns so mehr bestreunden, als gerade jetzt die für die Preisbildung maßgebende Arbeiterkategorien, die Bergarbeiter, ihren die Löhne im Buchdruckgewerbe bisher schon fast um die Hälfte übersteigenden Lohnstarif zwecks Lohnerhöhung gekündigt haben. Wir müssen es als eine direkte Herausforderung ansehen, wenn der Gehilfenschaft zugemutet werden soll, sich jetzt, wo sich die wirtschaftlichen Nöte am drückendsten zeigen und die Ausgaben durch Einkinklerung von Kohlen, Kartoffeln und Gemüse ins Unerwünschende stetigen, eine Kürzung ihres ohnehin schon kärglichen Lohnes gefallen zu lassen. Wir müssen es ablehnen, im Weigerungsfalle die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Sodann ergänzte der Vorsitzende Schippers den in der letzten Versammlung der vorgeschrittenen Zeit wegen abgebrochenen Bericht über die Generalversammlung.

Essen. Die am 15. August in Essen abgehaltene Bezirksversammlung war trotz der reichhaltigen Tagesordnung nur mäßig besucht. Unter „Geschäftlichem“ stellte Kollege Krauß mit, daß in der letzten Ortsvereinsversammlung der Kollege Paul Grohkopf zum Vorsitzenden gewählt sei. Ferner machte er die Mitteilung, daß eine Elternversammlung der Lehrlinge stattgefunden habe, die einen guten Erfolg aufzuweisen hatte. Bei der Wahl zum Lehrlingsüberwachungsausschuß wurden die Kandidaten des Verbandes gewählt. Eine längere Debatte riefen die Anträge zur Tarifberatung hervor. Die hierfür bestimmte Kommission hatte gute Vorarbeit geleistet. Die aufgestellten Anträge wurden eingehend durchgesehen und mit einigen Änderungen gutgeheißen. Ein auf der Tagesordnung stehender Vortrag des Sekretärs Knipping über das Thema: „Zwangswirtschaft oder freier Handel“ konnte wegen vorgeschrittener Zeit nicht mehr gehalten werden.

Frankenbuch. Aus Anlaß der Verlobung seiner Tochter stiftete Herr Buchdruckereibesitzer G. A. Perron, Inhaber der Buchdruckerei Friedrich Albedt und Verleger der „Frankenbäcker Zeitung“, für die Angestellten und Gehilfen seiner Druckerei 5000 Mk. Die Verteilung ist in der Weise erfolgt, daß die verheirateten Gehilfen je 400 Mk., die Unverheirateten und die Hilfsarbeiter je 200 Mk., die Lehrlinge und die Zeitungsträgerinnen je 30 Mk. bekamen. Außerdem erhalten die Angestellten und Gehilfen zu Weihnachten eine weitere Zulage, und zwar 200 Mk. für Verheiratete und 100 Mk. für Ledige. Seit einer Reihe von Jahren wird von dem Inhaber des Geschäftes, von einer früheren Fester herrührend, schon eine Weihnachtsgabe in Höhe eines doppelten Wochenlohnes gemacht. Diese Zuwendungen lösten bei den beseligten Gehilfen dankbare Freude aus; es ist dies eine schöne Zubuße in der heutigen schweren Zeit zur Anschaffung des nötigen Winterbedarfs.

H. Frankfurt a. M. (Freie Faktorenvereinigung.) In unser gubelbesuchten Monatsversammlung am 15. August erstattete nach Erledigung des geschäftlichen Teils unser Vorsitzender Schlotterbeck Bericht über die Aussprache mit dem Verbandsvorsitzenden Seif. Den Mitgliedern war es unverfänglich, daß die Generalversammlung in Nürnberg unsere Anerkennung als Sparte abgelehnt hat. Sämtliche Anwesenden vertraten die Ansicht, keine Lust zu haben, dem Faktorenbunde beizutreten. Man solle dem Faktorenbund als äußerster Termin noch Zeit bis zum Ablauf der Vertragsgemeinschaft lassen. Wenn aber dann keine Änderung eingetreten sei, verlange die Freie Faktorenvereinigung unbedingt vom Verbands, sich in unserm Sinne zu entscheiden und die gerechte Forderung um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft anzuerkennen. Es wurde beschlossen, auch weiterhin zusammenzubleiben und alle noch fernstehenden vorwärtsstrebenden Verbandsfaktoren aufzufordern, uns durch ihre Mitgliedschaft und Mitarbeit zu unterstützen, im Interesse unserer wirtschaftlichen Zukunft. Unter „Verschiedenem“ wurde zur Beibringungsordnung Stellung genommen und die Beibringung dieser technischer Betriebe vorgelesen.

Freiburg i. Br. (Oberheinische Maschinenbauvereinigung.) Am 1. August fand in Donaueschingen unsere 17. ordentliche Generalversammlung statt. Leider machten die dergestaltigen teuren Verhältnisse manchem Kollegen, namentlich den verheiratet arbeitenden, das Erscheinen unmöglich. Anwesend waren 22 Mitglieder aus Freiburg, Donaueschingen, Bonndorf, Neustadt, Singen, Offenburg, St. Georgen, Erlberg, Willingen und Waldkirch, ferner Gauvorsitzer Lindenau. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Kaiser (Donaueschingen) die Erschienenen im Namen der dortigen Gehilfenschaft. Der Vorsitzende Nikolaus Müller besprach hierauf den Jahresbericht, der den Mitgliedern wegen der schlechten Wirtschaftsverhältnisse nur in bescheidener Ausführung vorgelegt werden konnte. Es war ein arbeitsreiches Geschäftsjahr. Wir hatten nicht immer Gelegenheit, mit der Haltung der Gauvorsitzenden und des Verbandsvorstandes zufrieden zu sein, unter dem Kollegen Seif aber sei schon manches besser geworden. Angefichts der bevorstehenden Tarifberatungen, wie überhaupt wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, ermahnte der Vorsitzende zur Einigkeit unter der Kollegenschaft. Gegenwart und Zukunft machen zur Bedingung, daß unbedingt Politik, d. h. Wirtschaftspolitik, getrieben werden müsse. Gauvorsitzer Lindenau

laub ging mit diesen Ausführungen einig, warnte aber vor übertriebenem Optimismus in bezug auf die Tarifverhandlungen und beleuchtete ebenfalls in treffenden Zügen unsere wirtschaftliche Notlage, die nur zu oft durch Willkür auf Prinzipialseite künstlich gefestigt werde. Kassierer Müller erstattete den Kassenbericht, der ein betrübendes Bild zeigte. Eine Beitragserhöhung war nicht zu umgehen. Diefelbe wurde rückwirkend ab 1. Juli 1920 auf 1,50 Mh. monatlich festgesetzt, um auch zu ermöglichen, daß der Jahresbericht wieder in gewohnter Ausführung erscheinen kann. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Schriftführers, der neu gewählt wurde, per Akklamation wiedergewählt. Neu aufgenommen wurden drei Kollegen. Die Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung unterliegt der Entscheidung des Vorstandes.

Seide. Die Versammlung am 7. August hatte guten Besuch aufzuweisen. Veranlassung hierzu war wohl die reichhaltige Tagesordnung. Der Vorsitzende gab den Bericht von der letzten Bezirksvorfseherkonferenz in Kiel. Es wurde die neue Bezirkseinteilung bekanntgegeben. Die Kassenverhältnisse des Gauces, die Arbeitslosigkeit wie alle wichtigen Vorkommnisse innerhalb des Gauces fanden Erwähnung. Zur Frage der Beihilfsabteilung wurde die Beihilfsordnung verlesen. Eine sehr rege Diskussion fand hierzu statt. Den Kassenbericht erstattete Kollege Eiben. Kollege Böhlig gab den Bericht von der Betriebsrätekonferenz in Neumünster. Über die Anträge zur Tarifberatung fand dann eine sehr rege Aussprache statt. Zu allen wichtigen Fragen wurde Stellung genommen und recht viele Verbesserungen und Änderungen des Tarifs vorgebracht. Wägen in dem neuen Tarif die Wünsche der Kleinstadt Kollegen mehr berücksichtigt werden wie bisher! Unter „Verschiedenem“ wurden Eingänge bekanntgegeben und einige interne Sachen zur Sprache gebracht.

12. Köln. In der Bezirksversammlung am 7. August wurde für gestorbene und nachträglich als gefallen ermittelte Kollegen der Akt der Pietät vollzogen. Sodann beglückwünschte der Vorsitzende den Kollegen Robkamp anlässlich seiner vierzigjährigen Verbandsmittelschicht und die beiden Kollegen Giesen und Driesen anlässlich ihres fünfzigjährigen Berufsjubiläums. Fünf Aufnahmegebühren wurden dem Gauortstand überwiesen. Hierzu wurde der Kassenbericht vom zweiten Vierteljahr 1920 genehmigt und dem bisherigen Bezirksvorfseher Müller Entlastung erteilt. Für eine 26jährige einwandfreie Amtstätigkeit als Bezirkskassierer widmete ihm der Vorsitzende Worte des Dankes und Anerkennung. Nach Berichterstattung des Kollegen Mois über die Bezirksvorfseherkonferenz, deren Beschlüsse gutgeheißen wurden, nahm die Versammlung Stellung zu den Beratungen des Tarifauschusses. Nach längerer Aussprache wurden folgende Anträge angenommen: 1. Aufnahme von Sonderbestimmungen für Faktoren und Abkretierer in den Tarif. 2. Dem Tarifauschuss ist eine ständige Kommission anzuschließen, die fortlaufend den Arbeitsmarkt überwacht und alle Mittel und Wege anzuwenden hat, die Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu beseitigen. 3. Im Anbange zu den Allgemeinen und Sonderbestimmungen ist Ziffer 5 wie folgt abzuändern: „Die Kontrolle der Arbeitsleistung darf nur in einer Form gefasst werden, die jeden Mißbrauch bzw. jede Schikane ausschließt.“ Außerdem wurde eine Entschliessung angenommen, daß die Versammlung des Bezirksvereins Köln die in Nr. 77 des „Korr.“ veröffentlichten Anträge zur Kündigung des Tarifs zu den übrigen macht. Sie erwartet aber, daß die Beihilfsentziffer und die Verbandsleistung ohne ausreichende Sicherungen einem Abschluß von Organisation zu Organisation nicht zustimmen. Nach längerem Für und Wider erklärte sich die übergroße Mehrheit der Anwesenden für die Beibehaltung des Alkoholgenusses während der Versammlungen und lehnte einen Antrag ab, zur Beseitigung des Trinkwanges während der Versammlungen den Ortsbeitrag um 10 Pf. wöchentlich zu erhöhen. Unter „Verschiedenem“ kam die leibige Steuerfrage zur Sprache.

München. Der Maschinenmeisterverein München hielt am 30. Juli seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Neuaufnahmen und Ergründung eines verstorbenen Kollegen berichtete Vorsitzender Söldner über all das, was der V. Deutsche Maschinenmeisterkongress in Nürnberg auf tariflichem Gebiete (hinsichtlich der Sonderbestimmungen), auf organisatorischem Gebiete (hinsichtlich der zukünftigen Gliederung der Maschinenmeistervereine) sowie in verschiedenen anderen Fragen an positiver Arbeit geleistet hat. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die neugeschaffene Gliederung der Maschinenmeistervereine in Anbetracht des geringen Betrags von 1 Mh. pro Mitglied und Jahr, der den Kreiszentralen verbleiben soll, nicht recht lebensfähig sein wird; es sei denn, die Zentralkommission übernimmt einen Teil der beiden Kreiszentralen anfallenden Agitationskosten. Im übrigen stellte sich die Versammlung jedoch voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse des Kongresses; besonders gilt dies hinsichtlich der Anträge zur Tarifberatung sowie der Behandlung der Raucherden „Ausnützungsbroschüre“ auf dem Kongress. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurden als Vorsitzende gewählt: a) für den Kreis der Kollege Regen, b) für den Verein München der Kollege Fellner, da Kollege Söldner eine Wiederwahl ablehnte. Dem Kollegen Söldner wurde für seine unermüdete fünfzehnjährige aufopfernde Tätigkeit für den Maschinenmeisterverein und für die Bewegung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Als der von München zu den Tarifberatungen zu stellende Experte wurde einstimmig Kollege Söldner gewählt, der dieses Amt auch annahm. Hierzu nahm die gutbesuchte Versammlung noch die Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten vor.

München. (Maschinenmeisterverein. Rotationsverammlung.) Am 28. August hielt unser Verein in München eine Rotationsmaschinenmeisterversammlung ab, in der nach eingehendem Referate des Kollegen M. Kantlinder über: „Die Stärke des Aufzugs an Rotationsmaschinen“ folgender Beschluß einstimmig Annahme fand: „Eine Umfrage in ganz Deutschland zeitigte das fast einstimmige Ergebnis, daß die Aufzugstärke an Rotationsmaschinen nicht mehr als 2 mm betragen soll. Wir verlangen deshalb von den in Betracht kommenden Maschinenfabriken, daß sie in Zukunft beim Bau neuer Maschinen von dieser Norm nicht mehr abweichen. Die langjährigen praktischen Erfahrungen der Zeitungsdrucker Deutschlands beweisen, daß ein stärkerer Aufzug, abgesehen von der Verteuerung desselben, immer nur große Störungen in bezug auf die Abwicklung des Mechanismus hervorrief. Die zahlreichen Berichte aus fast allen großen Städten Deutschlands bekräftigen die Münchner Ansicht. Des weitern wird von den Fabriken noch verlangt, die Klemmvorrichtung für den Aufzug mit Schneckenangabe, gleich den Frankenthaler Maschinen, an allen andern Stellen herzuführen. Die Versammlung erwartet von den Maschinenfabriken, daß diese dringenden und allgemeinen Anregungen ihre volle Würdigung finden und bemerken zugleich, daß noch weitere Normen festgelegt und zu gegebener Zeit unterbreitet werden.“ Des weitern verlangt die Versammlung von den Kollegen Deutschlands, bis zur nächsten Tarifberatung zu nachfolgender Stellung zu nehmen und schnellstens nach München zu berichten, damit das weitere veranlaßt werden kann. Anlaß hierzu gaben die Berliner Vorkommnisse. Um allen Eventualitäten in bezug auf Befehung der Rotationsmaschine aus dem Wege zu gehen, ist eine Norm zu finden, wie am stärksten Platten, Seiten und Größe zusammengefaßt werden. In München wird das Berliner Format angenommen, nachdem dasselbe in sämtlichen Maschinenfabriken als Normalformat eingeführt ist.

F.-R. Nordhausen. In der Monatsversammlung vom August wurde uns wieder ein sehr interessanter Vortrag geboten, und zwar sprach Kollege Lehmann über: „Die Geschichte des Verbandes“. Der Vortragende verstand es in ganz vortrefflicher Weise, die Entstehung unseres Verbandes bis zur heutigen Zeit anschaulich vor Augen zu führen. Es wurde manchem Kollegen durch dieses Schema etwas Neues geboten. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 461,10 Mh. Der Kassenbericht behandelte hauptsächlich die Erwerbslosenfrage. Es sind zur Zeit 592 Arbeitslose, darunter 15 Buchdrucker, vorhanden. In das hier gegründete Graphische Kartell wurde Kollege Kell als Vorsitzender gewählt.

Wittenberg. Am 6. August fand unsere fällige Monatsversammlung statt, die besseren Besuch aufzuweisen hatte. Der Vorsitzende Kleemann erstattete den Halbjahresbericht, der von allen Kollegen mit Interesse aufgenommen wurde. Er gedachte dabei der verstorbenen Kollegen Koch und Buhle und legte es jedem Kollegen ans Herz, diesen beiden in organisatorischer wie beruflicher Hinsicht nachzueifern. Nachdem erstattete Kollege Eyerl den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Der Mitgliederbestand beträgt 150 Mh. Das diesjährige Johannisfest ist zur Zufriedenheit aller Kollegen ausgefallen. Zur Verbesserung desselben trug der nach langer Zeit wieder neugegründete Gesangverein „Typographia“ bei. Auch ist am hiesigen Ort ein Graphisches Kartell gegründet worden, dem 300 graphische Arbeiter angehören. Nachdem noch Besprechung interner Angelegenheiten.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Berufs Kriegsbeschädigtenfürsorge. Schwerkriegsbeschädigter Linotypsetzer (Schüsse in Arm, Bein, Lunge, auch nervös) sucht durch das Tarifamt Stellung in Berlin. Um Berücksichtigung desselben wird gebeten.

Der Lithographenverband im Jahre 1919. Ende 1919 zählte der Verband der Lithographen und Stein-drucker 17551 männliche und 654 weibliche Mitglieder, das sind ungefähr doppelt soviel als Ende 1918 und 2000 mehr als kurz vor Kriegsausbruch. Lohnbewegungen oder Kämpfe um andre Arbeiterforderungen wurden im Berichtsjahre 186 an 818 Orten mit zusammen 36040 beteiligten Mitgliedern geführt, ein erheblicher Teil der Mitglieder war demnach mehrfach an solchen Kämpfen beteiligt. 140 Angriffsbewegungen waren ohne Arbeitslosigkeit an 772 Orten in 4208 Betrieben mit 35148 Beschäftigten. 46 Angriffsstreiks an 46 Orten in 163 Betrieben mit 902 Beschäftigten erforderten 15 414 Streiktage mit einem Lohnverluste von 304520 Mh. Alle Bewegungen wurden erfolgreich durch Verhandlungen beigelegt. Die Angriffsbewegungen brachten für 35138 Beteiligte eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes um 465360 Mh., während die Angriffsstreiks für 902 Beteiligte 12656 Mh. Lohnverhöhung in der Woche ergaben, zusammen für 36040 Beteiligte 478016 Mh. Die Führung der Bewegungen verurteilte eine Ausgabe von 72820 Mh. Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde in der Woche konnte für 6828 Mitglieder erzwungen werden und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden durch den Abschluß von 24 Tarifverträgen erzielt. Unter den 24 abgeschlossenen Tarifverträgen befinden sich sechs Reichstafeln, von denen wieder zwei für rechtsverbindlich erklärt worden sind. Bei der Erlangung der Rechtsverbindlichkeit war ein Kampf wegen der Verbindlichkeitserklärung der für die Beihilfsabteilung und -ausbildung geltenden Tarifpositionen zu führen, der mit der Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrags für das deutsche Formstichergewerbe zugunsten des Verbandes

beendet wurde. Finanzteil schließt das Geschäftsjahr 1919 nicht ungünstig ab. Einer Gesamteinnahme von 1 512 548,37 Mark stand eine Gesamtausgabe von 1 020 148,76 Mh. gegenüber. An Unterfütungen wurden 401 350,71 Mh. ausgezahlt, wovon die Arbeitslosigkeit 248 591,87 Mh. allein für sich in Anspruch nimmt. 11845 Mitglieder waren 74587 Wochen arbeitslos. Diese Zahlen drücken das ganze Glend des Gewerbes aus und geben Aufschluß, warum es in der Lohngestaltung nicht so vorwärts ging, wie gewollt. Das Verbandsorgan, die „Graphische Presse“, erschien am Jahresabschluss in einer Auflage von 20000 Abdrucken und verurteilte mit der „Graphischen Jugend“, die am Jahreschluss eine Auflage von 2100 hatte, eine Ausgabe von 75226,68 Mh. Mitglieder der Beihilfsabteilung waren am Beginn des Jahres 1920 vorhanden. Dem Zugange von 1343 steht ein Abgang von 570 gegenüber, so daß am Schlusse des Jahres 1802 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgange befinden sich 383, welche ausgemerkt haben und in den Verband übergetreten sind.

Regierungsmaßnahmen gegen die Stilllegung von Betrieben. Gelegentlich einer Unterredung von Vertretern der Metallarbeiter mit dem Reichsarbeitsminister über die Verhinderung von Betriebsstilllegungen wurde mitgeteilt, daß in nächster Zeit Verordnungen herauskommen sollen, die auf diesem Gebiet Auswüchse beseitigen sollen. Es müsse danach von dem Inhaber vor der beabsichtigten Stilllegung dem Reichsarbeitsministerium Mitteilung gemacht werden. Die Stilllegung soll erst erfolgen, wenn eine bestimmte Zeit verlossen ist. In der Zwischenzeit soll mit allen Mitteln, durch Rohstoff- und Kreditbeschaffung, versucht werden, die Stilllegung zu verhindern. Habe die freiwillige Hilfe keinen Erfolg, dann soll die Beschlagnahme der Maschinen und Rohstoffe erfolgen. Die Ausfuhr von Maschinen ins Ausland soll verhindert werden. Weiterhin will das Wirtschaftsministerium die bei einer Stilllegung beschlagnahmten Maschinen und Materialien andern Betrieben zuführen. Notwendige Stilllegungen könnten nicht verhindert werden, doch werde sich das Reichsarbeitsministerium gegen alle Stilllegungen von Betrieben wenden, die Lohndruck bewirken. Im Augenblicke habe die Regierung keine Macht, Betriebsstilllegungen zu verhindern. In der Mehrzahl der Fälle lägen auch keine böswilligen Akte der Unternehmer vor. Die Regierung sei nicht völlig passiv geblieben. Sie habe z. B. die Läger der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen übernommen. 25 Proz. davon seien bereits bar bezahlt und Anweisung an die Fabriken gegeben worden, mit diesen Mitteln weiterzuarbeiten. Es soll versucht werden, den Kapitalmangel durch Konzentration der öffentlichen Gelder, Erfassung der Exportgewinne, durch produktive Darlehen an kreditwürdige Unternehmer abzuheben. Nicht alle Stilllegungen würden sich vermeiden lassen, sogar von Regierungsseite müßten Stilllegungen von Betrieben vorgenommen werden. Das werde jedoch nicht unter Profitgesichtspunkten geschehen, vielmehr sollen alle Kräfte produktiv verwendet werden. In den nächsten Tagen soll eine weitere Aussprache mit Arbeitervertretern stattfinden.

Familienzulagen in Frankreich. Zur Gewährung regelmäßiger Familienzulagen an die Arbeitskraft ihrer Betriebe haben die Industrie- und Handelsunternehmer des Dile-Departements eine Vereinigung gegründet. Die Beitragsleistung beträgt 2,25 Proz. der zugehörigen Löhne und Gehälter und wird von den Unternehmern allein geleistet. An Zulagen sollen gewährt werden: 1. Geburtsprämie: 200 Fr. für das erste, 150 Fr. für jedes weitere Kind; 2. Stillprämie: 10 Fr. monatlich während neun Monaten, vom ersten Tage des auf die Geburt folgenden Monats an; 3. Familienzulagen: für ein Kind unter 13 Jahren 10 Fr. monatlich, für zwei 25 Fr., für drei 45 Fr., für vier 70 Fr., für fünf 95 Fr., für sechs 120 Fr., für über sechs Kinder je 25 Fr. mehr pro Kind und Monat; die Unterstühtungsgelder werden monatlich ausgezahlt, und zwar nur an solche Angestellte, die mindestens einen Monat dem Unternehmen angehören. Arbeiter Mann und Frau, wird die Zulage vom Arbeitgeber der Frau und nur dieser ausgezahlt; arbeitet nur der Mann, wird die Zulage an die Frau ausgezahlt oder an die mit der Erziehung der Kinder beauftragten Personen; arbeitet nur die Frau, wird ihr nur dann die volle Zulage gewährt, wenn sie den Beweis der Arbeitsunfähigkeit ihres Mannes erbringen kann; die Zulage wird nur für eheliche, legitimierte und für als eigen anerkannte Kinder bezahlt. Ein gesetzlicher Anspruch auf Zulagen und Prämien besteht nicht. Desgleichen hat eine Alliance patronale de Loir et Chur (Sib: Blois), die 43 bedeutende Unternehmen umfaßt, eine Caisse de compensation des allocations familiales gegründet. Die Zulagen bestehen aus: 1. einer Geburtsprämie von 300 Fr. für das erste und je 100 Fr. für jedes weitere Kind; 2. einer Stillprämie von 30 Fr. monatlich auf zehn Monate für Arbeiterfrauen, die nachweislich ihr Kind selbst nähren; 3. einer monatlichen Zulage von 15 Fr. für das erste und je 30 Fr. für jedes weitere Kind; die Zulagen werden für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre bezahlt, und zwar an alle Angestellten mit weniger als 8000 Fr. Jahresinkommen.

Die Steuerung im Auslande. Das englische Arbeitsministerium hat festgestellt, daß die Steigerung der Preise für Nahrungsmittel in England von Juli 1914 bis Juli 1920 158 Proz. betragen hat. Die Kleinhandelspreise insgesamt (enthaltend auch die Preise für Licht, Heizung, Wohnung) haben sich um 152 Proz. erhöht. Die Indexzahl des „Economist“, die den Durchschnitt von 1901 bis 100 einstellt, ist für Juli 1920 258. In Holland sind die Kosten für den Lebensunterhalt einer

Arbeiterfamilie seit 1913 bisher um 111,5 Proz. für Ernährung und um 103,8 Proz. für Kleidung, Wohnung usw. gestiegen. In Italien ist eine durchschnittliche Verteuerung aller Waren von Juli 1914 bis Juni 1920 um 570 Proz. eingetreten. Getreide und Fleisch verteuerten sich um 365 Proz., andre Lebensmittel um 480 Proz. und Textilwaren um 666 Proz. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist von Juli 1914 bis März 1920 eine Verteuerung der Lebenshaltung um 95 Proz. eingetreten. In Japan (Tokio) waren die Lebensmittelpreise im Mai dieses Jahres um 186,4 Proz. höher als im selben Monat 1914.

Verschiedene Eingänge

„Mischstrahlen.“ Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Worsdahl. Nr. 19 bis 21. 5. Jahrgang. 1920. Erichsen Mühle jedes Monats. Preis 7 Pf. Verlag der „Mischstrahlen“, Berlin-Lichterfelde, Seeburgstraße 1.
 „Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. J. Bloch. 14 Bände ein Jahr. 5. u. 14. und Doppelheft 15. Heft. Einzelheft 3 Mk., Doppelheft 6 Mk. 1920. 28. Jahrgang. 28. Band. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, o. m. b. H., Berlin W.
 „Kafeder für Kriegshinterbliebene.“ Nach dem neuen Reichsverordnungsgesetz vom 12. Mai 1920. Herausgeber Regierungsrat Erich Hoffmann. Verlag Gesellschaft und Erziehung o. m. b. H., Berlin-Friedenau. Preis 4,50 Mk.

Gesiorben

In Leipzig am 17. August Franz Köhler, Generalsekretär des Deutschen Buchdruckervereins, aus Oalsbach (Baden), 64 Jahre alt — Magenleiden; am 20. August der Seher Rudolf Bener aus Altdorf (Bayern), 29 Jahre alt; am 22. August der Seher Friedrich Klein aus Hagen (Westf.), 56 Jahre alt — Herzschlag.
 In Ludwigshafen am 10. August der Seher Adolf Nuh aus Wedesheim, 26 Jahre alt — Tod durch Ertrinken beim Baden; am 15. August der Seherinvalide Joseph Weissmann aus Aingenfeld, 60 Jahre alt.
 In Nürnberg am 27. August der Seherinvalide Max Würlich aus Nib, 62 Jahre alt — Schlaganfall.
 In Saalfeld der Seher Willi Dölling aus Ingelsburg, 35 Jahre alt.
 In Wiesbaden am 18. August der Seher Karl Ludwig, 37 Jahre alt — erdortet.

Briefkasten

O. B. in R.: Eine derartige Aufführung zur Korrektheit ist ganz gut. Die älteren und älteren Seher müssen aber erst vorgekommen werden. — M. S. in A.: Müß abgelehnt werden, da Schema wirklich nicht genügend erörtert. — G. B. in O.: Es werden nun Ihren Artikel bald aufgenommen sehen. Es hat bis zur Gewerkschaftskonferenz zu sehr gedrängt mit tariflichen Artikeln, trotzdem konnten

nicht alle untergebracht werden. Der Eingang erfolgte oft auch zu kurz davor oder überhaupt zu spät. Nach der Gewerkschaftskonferenz wird es mit der Zurückstellung anderer Materien ausbleiben müssen, denn die Tarifartikel können eigentlich nur als Neben der Antragsstellung und der Vorbereitung einhergehend betrachtet werden. Mit der Antragsstellung aus den Kollegenkreisen ist schon Schluß, und die Gewerkschaftskonferenz bedarf nun des Folgegangs. Es kann also mit tariflichen Artikeln nun etwas mehr geplatzt werden. — E. B. in A.: In München: Besuch des noch einmal mit der Ablehnung einer Broschüre. — E. M. in G.: Bericht am 20. August hier eingegangen. — A. E. in S.: 5,20 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplog 5 II, Fernsprecher: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Danzig. Der Seher Felix Herrmann aus Danzig (Nichtmitglied) hat sich Ausweispassiere des Kollegen Bernhard Goga aus Dirschau angeeignet und ist mit Hinterlassung von Schulden verschwunden. Die Kollegen werden damit vor Herrmann gewarnt.

Adressveränderungen

Berlin. (Kreis Berlin der Maschinenmeistervereine Deutschlands.) Vorsitzender: Adolf Abo, Berlin O 17, Stralauer Allee 17 b; Kassierer: Richard Daggel, Berlin-Schönberg, Feuerstraße 6. Goslar. Vorsitzender: Wilhelm Reich, Oster a. S., Neue Straße 355; Kassierer: Otto Liebetrau, Goslar, Friesenstraße 36. Mindelheim (Schw.). Vertrauensmann: Joseph Felder, Sauberstraße 75. Potsdam. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Verwalter: Hermann Ebell, Nowames, Kleiststraße 12.

Berammungskalender

Berlin. Maschinenmeisterversammlung Donnerstags, den 16. September, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.
 — Rotationsmaschinenmeisterversammlung Sonntag, den 12. September, nachmittags 2 Uhr, im „Großbischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
 — Maschinenmeisterversammlung Sonntagabend, den 11. September, abends 8 Uhr, im „Schultheiß“.
 Dresden. Berammung Mittwoch, den 15. September, abends 6 1/2 Uhr, im „Bolzhaus“ (großer Saal), Ribbenbergstraße 2.
 — Rotationsmaschinenmeister-Versammlung Sonntagabend, den 11. September, abends 6 Uhr, im Restaurant „Schmidt, Kleine Plauenische Straße.“
 Silbesheim. Bezirksversammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, im „Bewerkschaftshaus“ in Silbesheim. Anträge bis 25. September an den Vorsitzenden.
 Helm. Bezirksversammlung Sonntag, den 19. September, mittags 12 Uhr, im „Deutschen Jäger“.
 Welm. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr, im „Bolzhaus“, daran anschließend Ortsvereinsversammlung.

Arbeitslosenunterstützung
 Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Juli 1920.
 Auf der Reise: 83 Mitglieder.
 Am Orte: 308 ausgekehrte Mitglieder a 1 Mk. pro Tag, Ortsunterstützung erhielten: 2955 Mitglieder.
 An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	In der Reiseunterstützung		Ausgekehrte am Orte		In der Ortsunterstützung		Unterstützung insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher . . .	68	1155	219	4673	2152	48958	54786
Maler & S.	—	—	2	50	30	596	646
Drucker . . .	12	261	77	1654	660	14499	16414
Stereotyp . .	1	9	7	157	40	702	868
Galvanopl.	—	—	2	70	12	304	374
Korrektoren	—	—	—	—	7	105	105
Faktoren	—	—	—	—	1	31	31
Schriftgießer	2	24	1	21	49	432	477
Stempelschn.	—	—	—	—	4	106	106
Gesamt	83	1449	308	6625	2955	65733	73807

Arbeitslos verblieben am 31. Juli 1920: 2089 Mitglieder.

An Unterstufungen wurden gezählt:

Reiseunterstützung: an 83 Mitglieder für 1449 Tage . . . 3467,35 Mk.

Ausgekehrte am Orte: an 308 Mitglieder für 6625 Tage . . . 6625,— Mk.

Ortsunterstützung: an 14 Mitgl. für 154 Tage a 1,25 Mk. — 192,50 Mk.

„ 27 „ „ 318 „ a 1,75 „ — 556,50 „

„ 1222 „ „ 26693 „ a 2,50 „ — 53386,— „

„ 912 „ „ 20115 „ a 2,50 „ — 50287,50 „

„ 780 „ „ 18453 „ a 3,— „ — 55359,— „

zusammen 159781,50 Mk.

Insgesamt wurden im Monat Juli gezählt: 1920: 169873,85 Mk. für 73807 Tage

1919: 93605,65 „ „ 59924 „

mehr 1920: 76268,20 Mk. für 13883 Tage.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona

Dienstag, den 14. September, abends 7 Uhr, im Musiksaal des „Gewerkschaftshauses“.

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Bericht vom Ortsausschusse des A. D. O. 3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Vorstandsabstufung: § 9, Abs. 1, Zelle 3, Satz 10 Mk. zu setzen 150 Mk. § 10, Absatz 1, Zelle 2, Satz 35 Mk. zu setzen 60 Mk. § 10, Abs. 3, Zelle 3, Satz 100 Mk. zu setzen 400 Mk. Die erhöhten Sätze treten ab 1. Januar 1921 in Kraft. Der Beitrag beträgt 5,50 Mk. wöchentlich und legt sich ab 26. September 1920 wie folgt zusammen: Verbandssätze 3,50 Mk., Allgemeine Sätze 1,50 Mk., Mitwirkensätze 50 Pf. 4. Bericht von der Gewerkschaftskonferenz. 5. Wahl eines Vergütungsausschusses.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Norddeutscher Maschinenfabrikerverein (Sitz Hamburg)

Donnerstag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ Serberge.

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Abtretung der Gasse Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. (Berichterhalter: J. Cohen (Kiel) und A. Dieckhoff (Schwerin)). Bewilligung eines Gründungsfonds an die neuen Gasse. 3. Einführung in unsern Winterkursus durch Herrn Elektro-Ingenieur Gruber (Altona). 4. Aussprache.
 Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Bezirksverein Kassel

Sonntagabend, 11. September, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des „Gewerkschaftshauses“, Spohrstraße 6.

Öffentliche Buchdrucker-Versammlung

Tagesordnung: Wahl von drei Beisitzervertretern für den Bezirkslehrlingsauschuss.

Sabotage.

und geographische Bezeichnungen, Wörter aus Handel, Technik, Industrie, Sport, Politik, Medizin usw., die täglich im Leben vorkommen, die man nur oberflächlich kennt, deren volle Bedeutung man zum richtigen Verständnis seiner Lesart aber unbedingt wissen muß. Das Werk erklärt in allen erforderlichen Fällen, was die einzelnen Wörter bedeuten, wie sie geschrieben und richtig ausgesprochen werden. Es ist nach dem Wörterbuch von Langenscheidts Taschenwörterbüchern der beste und weit verbreitetste aller Wörterbücher dieser Gattung.

Das Wörterbuch 1. d. deutschen Sprache u. Schreibweise von Prof. Wilhelm Kohler ist ein unentbehrliches Ratgeber für jeden intelligenten Menschen. Preis 1244 Seiten, Preis 27,60 Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, wo nicht erhältlich, gegen vorherige Einfindung des Betrages auch direkt von der Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) in Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstraße 29-30. (Gründet 1856.)

Singer, strebsamer Mann sucht Stellung als

Schiffseher

eventuell Schweizerdegen. Gest. Zuschriften an Joseph Krillen, Landesh. i. Schl., Hohenzollernstraße 34.

Gesucht nach der Schweiz tüchtiger

Zuffierer

der auch an der Küstermannschen Handmaschine zu gehen versteht. Offerten unter Beilage von Zeugnisfotos an die Saas'sche Schriftgießerei in Basel.

Egal wohin! Egal wohin! Junger, strebsamer Schriftseher

20 Jahre alt, auch an der „Altohope“ ausgebildet, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung zum 1. Oktober. Entlassungsgrund: Arbeitsmangel. Gest. Angebote unter R. K. 88 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Glosser Seher

bewandert im Inzeraten- und Akzidenzdruck, sucht möglichst sofort Stellung. Offerten erbeten unter K. S. 67 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vintypeseher

jedes Jahre Praxis, ledig, in ungehinderter Stellung, sucht sich zu verändern. Eintritt nach Vereinbarung. Gest. Angebote unter Nr. 82 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schweizerdegen

24 Jahre, fast im Satz und Druck, selbstständig im Akzidenz-, Tabellen- und Inzeratenfach (Zeugnisse), sucht Stellung. Gest. Angebote erbeten an [84] G. Marquardt, Straußpöden p. Sudbren, Kreis Goldap (Ostpr.).

Glosser, arbeitsfreudiger Schweizerdegen

20 Jahre alt, sucht bald Stellung, Werte 200 unter Nr. 91 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zwinger, strebsamer Schweizerdegen

sucht zum 1. Oktober Stellung, an liebsten wo ihm Gelegenheit bietet, sich weiter oder an der Rotationsmaschine auszubilden. Gest. Angebote erbeten an Wilhelm Sellung, Wehlem-Bollrop, Büchelstraße 12.

Musterammlung

von hochmodernen Briefkäpfen, Geschäftsarten u. Programmen zu kaufen gesucht. Gest. Angebote mit Preisangaben unter Nr. 80 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Was das in Nr. 38 des „Korrespondent“ (10. April) sehr anerkannt besprochenen, äußerst leistungswerte Buch:

Dr. Koch

„Zukunftige Krankenpflege“

werden hiermit alle kranken und nichtkranken Personen nochmals verwiesen. Zu beziehen durch Koch, München, Innere Wiener Str. 2. Preis 9,60 Mk.

36 zahlen 25 Mk. monatlich

und bestelle bei C. S. Otto & Co., Berlin-Lichterfelde

1 Klassikerbibliothek

22 Bände gebunden für 240 Mk. Heft 2 Bde. Ludwig 2 Bde. Heft 3 Bde. Shakespeare 3 Bde. Heft 4 Bde. Schiller 3 Bde. Heft 5 Bde. Goethe 5 Bde. Heft 6 Bde. Hans 1 Bde. Anzeige bei Bestellung einlegen. (Postcheckkonto Berlin Nr. 47.344.)

Eine ganzautomatische

Bogensalzmaschine

mit Original-Rotary-Anleger, Format 76/108 cm, ganz neu, umständelhalber abzugeben. Angebote erbeten unter Nr. 28 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Am 4. September verstarb unser

lieber Kollege, der Faktor 186

Gustav Wegener

aus Babel (Kreis Jerichow), Ehrend. wird seiner stets gedankt. Ortsverein Würzen i. Sa.

Am 3. September verschied

in Folge seines Leidens, das er sich im Felde zugezogen hatte, unser lieber Kollege, der Drucker 179

Paul Budde

aus Blankenburg. Ein lieber, ruhiger Kollege ist mit ihm dahingegangen, dem ein auerendes Gedächtnis wahrlich zuwider. Bezirksverein Buchdruck. Maschinenmeisterverein Blankenburg.